

Krise-Taktik-Strategie

Gewerkschaftspolitische Lehren der Weimarer Endphase

Dr. Henryk Skrzypczak, Jahrgang 1926, ist Leiter der Forschungsabteilung für Geschichte der Arbeiterbewegung der Historischen Kommission zu Berlin und wissenschaftlicher Betreuer des August-Bebel-Archivs. Er ist Gründer und Herausgeber der „Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK).

Der Bruch der Großen Koalition 1930 — Anfang vom Ende

In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und darüber hinaus auch der deutschen Demokratie ist der 27. März 1930 das Datum einer folgenschweren Zäsur. Eine industrielle Reservearmee von mehr als drei Millionen Erwerbslosen, eine zunehmend rebellisch werdende Mitgliederbasis und vor allem der bestimrende Eindruck, inmitten einer Generaloffensive des Unternehmertums gegen die sozialen Errungenschaften der Republik zu stehen, schienen den Freien Gewerkschaften an jenem Märztag in der Summe ein hinreichender Grund, das Ende der Koalition des SPD-Kanzlers *Hermann Müller* herbeizuführen¹⁾. „Endlich, endlich wieder frei“, glaubte damals ein Teil der Verbandspresse den Zerfall des ungeliebten Kabinetts bejubeln zu dürfen²⁾. Schon ein halbes Jahr später, angesichts des phänomenalen Septemberwahlsiegs der Nationalsozialisten, war diese Euphorie einer umsichgreifenden „Katzenjammerstimmung“ gewichen³⁾. Weitere zweieinhalb Jahre danach sollte sich dann in vollem Umfange bewahrheiten, was von zeitgenössischen Kritikern der Märzentscheidung als ernsthafte Gefahr prognostiziert worden war⁴⁾. Durch den Sturz des sozialdemokratischen Koalitionskanzlers hatten die Freien Gewerkschaften einen Stein ins Rollen gebracht, der sie im Frühjahr 1933 zermalmete.

Nach dem wissenschaftlich vorherrschenden und durch die jüngste Untersuchung zu diesem Problemkreis erneut bekräftigten Urteil ist in der Absage an die Regierung Müller nur der „Anfang einer verhängnisvollen Serie falscher Entscheidungen“ zu erblicken, die das historische Schuldkonto der Gewerkschaften in

1) Zu Krise und Zerfall des Kabinetts Müller siehe Helga Timm, *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 1), Düsseldorf 1952; vgl. ferner Ursula Hüllbüsch, *Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise*, in *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs 1929–33* (= Industrielle Welt 8), Stuttgart 1967, S. 134–145.

2) Vgl. z.B. den Kommentar der Dachdecker-Zeitung, zitiert in: *Gewerkschafts-Zeitung* 40 (1930), S. 251.

3) Schreiben (Kopie) Franz Josef Furtwänglers vom 15. Oktober 1930 an Friedrich Böttcher, Ortsausschuß Kiel des ADGB, in: Archiv des August-Bebel-Instituts Berlin, NB 6/192.

4) Vgl. etwa Werner Thormann, *Politik der Woche*, in: *Deutsche Republik* 4 (1929–30), S. 803; siehe schon S. 740 Thormanns Kritik an der Unterschätzung des Faschismus durch die Sozialdemokratie.

hohem Maße belasten. Zwar konnten sie „viele Aufgaben lösen, aber vor der schwierigsten haben sie versagt“: „Die Gewerkschaften haben es nicht vermocht, den rücksichtslosen Siegeszug des Nationalsozialismus aufzuhalten, den deutschen Imperialismus am größten Völkermord der bisherigen Geschichte zu hindern“ und „den Rückfall in die ‚Barbarei‘ unmöglich zu machen⁵⁾“. Das Faktum ist unbestreitbar, der Schuldspruch des Versagens jedoch läßt sich nur unter bestimmten Voraussetzungen aufrechterhalten. Einerseits wäre zu zeigen, daß erkennbare Führungsfehler von aktionsentscheidender Bedeutung gewesen sind. Um den Vorwurf wissenschaftlich zu untermauern, wäre andererseits der schlüssige Nachweis vonnöten, daß die verantwortlichen Führer reale, nämlich organisatorisch durchsetzbare und mit einiger Wahrscheinlichkeit erfolgversprechende Alternativkonzepte zu erproben versäumt haben.

Unter dem Aspekt des erstgenannten Kriteriums betrachtet, sind bereits die Einwände gegen das gewerkschaftliche Verhalten in der Märzkrise erheblich zu relativieren. Seit *Heinrich Brünings* Memoiren der Forschung allgemein zugänglich sind, erübrigt sich jeder Streit um die Frage, wie lange und mit welchem Resultat für die Arbeiterschaft sich das Kabinett Müller ohne Intervention der Gewerkschaften noch zu behaupten vermocht hätte. Die Sozialdemokratie auszubooten und mit veränderter Regierungsmannschaft einen Kurs restaurativer Reformen zu steuern, war in den einflußreichen Kreisen um *Hindenburg*, *Groener* und *Schleicher* schon vor der Osterzeit 1929 eine beschlossene Sache. Erlegten die Reparationsverhandlungen den Frondeuren vorerst noch Zurückhaltung auf, so war die Schonfrist für Müller genau fünfzehn Tage vor seinem Sturz mit Verabschiedung der Young-Gesetze endgültig abgelaufen und das den Sozialdemokraten nicht verborgen gebliebene Intrigenspiel in sein letztes Stadium getreten. Da sich Brüning mit seinem Plan, den Konflikt bis zur Räumung des Rheinlands, also bis in den Herbst, zu vertagen, gegenüber Hindenburg und dessen Ratgebern nicht durchsetzen konnte, hätte auch das Nachgeben der Gewerkschaften im Streit um die Arbeitslosenversicherung das Kabinett allenfalls für wenige Wochen, wenn nicht gar nur für einige Tage gerettet⁶⁾.

Läßt sich mithin der historische Stellenwert des gewerkschaftlichen Einspruchs gegen den Brüning-Kompromiß in der Versicherungsfrage verhältnismäßig gering ansetzen, so fordert das ihm zugrunde liegende taktische Kalkül eine negative Bewertung heraus. Der verlockende Gedanke, sich durch lautstarke Opposition gegen ein Bürgerblockkabinett den Stimmungen sowohl der eigenen Mitglieder als auch der sozialdemokratischen Wählerschaft anzupassen⁷⁾, entsprang einer allzu vordergründigen Situationsanalyse. Während die Gewerkschaftsführung ihre kom-

5) Gerhard Beier, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Themenkreis Geschichte 1), Frankfurt/Main—Köln 1975, S. 20 u. S. 9.

6) Vgl. Heinrich Brüning, *Memoiren. 1918—1934*, Stuttgart 1970, S. 145—162.

7) Vgl. den in Anm. 2 erwähnten Kommentar sowie Henryk Skrzypczak, *From Carl Legien to Theodor Leipart, from Theodor Leipart to Robert Ley. Notes on some Strategie and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republic*, in: *Internationale-wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 13 (1971), S. 34, Anm. 34.

munistischen Widersacher und das Lager der alten Reaktion mit stets wachem Mißtrauen im Auge behielt, versagte sie völlig vor der Aufgabe einer rechtzeitigen Erkenntnis des Gefahrenmoments der herandrängenden faschistischen Massenbewegung. Gleich der Sozialdemokratie richtete sie im folgenden Wahlkampf ihre Stoßkraft konzentriert gegen die bürgerlichen Mittelparteien, denen sie eine arbeiterfeindliche Einstellung bescheinigte, die selbst im kaiserlichen Deutschland keine Parallele besaß⁸⁾. Dennoch berechtigt nichts zu der Annahme, daß eine Verlagerung des propagandistischen Schwerpunkts die Wählerentscheidung in ausschlaggebender Weise verändert hätte.

„Helden der Passivität“? — Gewerkschaftliche Tolerierungspolitik

Einer verbreiteten Auffassung zufolge hat die Gewerkschaftsführung nach dem Schock der Septemberwahlen „weiter abgewartet“, wobei „jede versäumte Gelegenheit oder falsche Entscheidung“ in eine „neue Phase fortschreitender Passivität und Einflußlosigkeit“ mündete⁹⁾. Auch dieses Verdikt bedarf einiger Korrekturen. Welche Gelegenheiten boten sich an und wurden versäumt, welche falschen Entscheidungen wurden getroffen? Als die anfängliche Hoffnung verflogen war, Brüning werde sich im Interesse einer Verstärkung seines parlamentarischen Rückhalts zur Wiederaufnahme der Sozialdemokratie in die Regierung entschließen¹⁰⁾, sahen sich die Freien Gewerkschaften vor die erste jener wenigen fundamentalen Alternativen gestellt, mit denen sie sich vom Herbst 1930 bis zum Frühjahr 1933 auseinanderzusetzen hatten. Im vollen Bewußtsein der Unpopularität ihres Handelns schlugen sie trotz anrollender „Lohnabbauoffensive“ und drohender weiterer Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung¹¹⁾ den Kurs des geringeren Übels' der Tolerierungspolitik ein. Wenn es zutraf, daß die Maßnahmen Brünings — wie der ‚linke‘ SPD-Flügel meinte — „ihrem materiellen Inhalt“ nach „rein faschistische“ waren¹²⁾, dann allerdings fällten sie damit eine gänzlich verfehlte Entscheidung, die zudem noch unter einem anderen Gesichtspunkt überaus fragwürdig war.

„Der kapitalistische Klassengegner“ — argumentierte *Max Seydewitz* 1931 auf dem Leipziger Parteitag der Sozialdemokratie—, „will auf Kosten der Arbeiterklasse aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauskommen, indem er alle Lasten dieser Krise auf die Arbeiterklasse abwälzt... Ich bin der Überzeugung, daß der herrschende Monopolkapitalismus... nicht daran glaubt, dieses sein Klassenziel auf dem Wege der Demokratie erreichen zu können.“ Die Schlußfol-

8) Vgl. Reichstags-Auflösung und -Neuwahl, in: Gewerkschafts-Zeitung 40 (1930), S. 465 f.; zeitgenössische Kritik an der Wahlkampfführung z. B. bei Carl Mierendorff, Lehren der Niederlage, in: Neue Blätter für den Sozialismus 1 (1930), S. 483 f. 9) Beier, Das Lehrstück . . ., S. 21.

10) Vgl. Das Ergebnis der Reichstagswahl, in: Gewerkschafts-Zeitung 40 (1930), S. 594; siehe auch S. 636 die Stellungnahme der Holzarbeiter-Zeitung.

11) Vgl. 4. Gesdäftsperiode. Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Abgehalten am 12. und 13. Oktober 1930 im Reichswirtschaftsrat zu Berlin, Berlin 1930, S. 196, Bernhard; S. 199 Simon; zur Arbeitslosenversicherung auch Jahrbuch 1930 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1931, S. 130—135.

12) Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig 1931 vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Protokoll, Berlin 1931, S. 152, Eckstein.

gerung war nach Seydewitz die, „daß es dem Kapitalismus... vorgeschrieben ist, sich eines Tages mit den Nationalsozialisten gegen die Arbeiterklasse zu verbündern ... Mit der Politik des Tolerierens, des Ausweichens, des Opferbringens schwächen wir die Position der Arbeiterklasse für den Zeitpunkt, wo wir allein auf die Kampfkraft der Arbeiter angewiesen sind¹³⁾." Während einige der leitenden Verbandsfunktionäre sich im Krisenwinter 1931 dieser Auffassung zu nähern begannen, glaubte die Mehrheit selbst im Hinblick auf weitere belastende Notverordnungen an der einmal gewählten Linie festhalten zu müssen. Obwohl auch die Majorität das Ausmaß der faschistischen Gefahr unterschätzte, war ihr im Unterschied zu den Linken doch immerhin klar, daß sich mit einem Sturz Brünnings die Perspektive relevanter Positionseinbußen verknüpfte. Ob die von Seydewitz vorhergesagte Entwicklung eintreten würde, stand noch dahin. Was nicht dahin-, sondern für die maßgeblichen Funktionäre feststand, war demgegenüber die Tatsache eines schon jetzt zu schwachen Kampfpotentials, das den gründlich erörterten Schritt in die „offene Opposition“ als ein höchst zweifelhaftes Wagnis erscheinen ließ¹⁴⁾. Solange bei den gegebenen Kräfteverhältnissen die Fernhaltung des Nationalsozialismus von den Schalthebeln der Macht absolute Priorität besaß, mußte jede Führung sich zwangsläufig außerstande erweisen, die von ihren Kritikern vermißte „erfolgreiche, dynamische Strategie zu entwickeln¹⁵⁾“.

Die zweite grundlegende Entscheidung nach der Septemberwahl wurde den leitenden ADGB-Funktionären um die Jahreswende 1930 abverlangt, als sich die Mehrheit des Bundesvorstands für ein konzertiertes Zusammengehen mit den Spitzenorganisationen der Unternehmer verwandte. Ihre Motivation knüpfte an eine ebenso trostlose wie realistische Lageeinschätzung an, die keine Illusionen mehr darüber erlaubte, welche lohnpolitischen Konsequenzen der Krise und des Brünningsdien Deflationskurses unabwendbar auf die Gewerkschaften zukamen. Für die meisten von ihnen — räumte man in vertraulicher Runde mit schonungsloser Offenheit ein — war die Abwehr von Lohnkürzungen durch die alleinige Kraft der Verbände bereits nahezu aussichtslos. Zahlreiche Gewerkschaften konnten ihren Kampf nur noch „hinter dem Stacheldraht der Schlichtungsausschüsse“ führen. Nicht Abbau oder Behauptung der Löhne lautete inzwischen die Frage, sondern „ob mit Hilfe des Schlichtungszwanges der Lohnabbau weitergetrieben wird, oder ob wir in freier Vereinbarung uns zu Konzessionen bereit erklären“ und dafür Gegenkonzessionen der Unternehmer erhalten. „In einer Situation“, folgerte *Tarnow*, „in der die Unternehmer zweifelsohne stärker sind als wir, kann uns der Burgfrieden wirklich nicht schaden¹⁶⁾“.

13) Ebd., S. 125 f.

14) Vgl. hierzu die Diskussion auf den letzten beiden Bundesausschußsitzungen von 1931: 5. Geschäftsperiode. Protokoll der 2. Sitzung des Ausschusses . . . Abgehalten am 25. November 1931 im Gewerkschaftshaus zu Berlin, Berlin 1931, S. 19—25; 5. Geschäftsperiode, Protokoll der 3. Sitzung . . . Abgehalten am 15. Dezember 1931 im Gewerkschaftshaus zu Berlin, Berlin 1931, S. 39—42.

15) Beier, Das Lehrstück . . . , S. 21.

16) Vgl. 4. Geschäftsperiode, Protokoll der 10. Sitzung . . . Abgehalten am 14. und 15. Dezember 1930 im Reichs-
•wirtschaftsrat zu Berlin, Berlin 1931, S. 219—230; hierzu Jahrbuch 1930 . . . , S. 96—100.

Die erdrückende Mehrheit der Verbandsfunktionäre vertrat eine kraß davon abweichende Meinung. Zwar vermochte sie nicht, ein weniger düsteres Bild der strategischen Rahmenlage zu zeichnen. Doch wie in der Krise des Kabinetts Müller letztlich die Furcht vor dem „Abmarsch der Massen“ den Ausschlag gegeben hatte, so spielte auch jetzt wieder der Gedanke an die vorauszusehende Reaktion der von linken und rechten Extremisten angeheizten Basis eine entscheidende Rolle. Neben der beängstigenden Vorstellung, „Offiziere ohne Soldaten“ zu werden, kam eine tief eingewurzelte Skepsis gegenüber den Unternehmern zur Geltung, denen es möglicherweise nur darum ging, ganz bewußt einen Keil zwischen Arbeiter und Gewerkschaften zu treiben. Auf keinen Fall aber konnte die Mehrheit *Husemanns* optimistische Ansicht teilen, der das Bündnis mit den „Wirtschaftsmächten“ gleichsam als Garantie für die Verhinderung einer Rechtsdiktatur ansah. Weit eher stand zu erwarten, daß die Unternehmer bei einer politischen Schwenkung nach rechts auch die vorgeschlagene Vereinbarung ohne Zögern „nur als Fetzen Papier“ behandeln würden. Selbst die Intervention des Parteivorsitzenden *Otto Wels*, der unter den gegebenen Umständen einem großen „Block zwischen Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden“ außerordentliche Bedeutung beimaß, brachte die Majorität nicht von ihrer negativen Einstellung ab. Waren es im Juni die Unternehmer, und zwar insbesondere die Vertreter schwerindustrieller Interessen gewesen, die gleichgerichtete Bemühungen durchkreuzt hatten, so fiel diesmal den Freien Gewerkschaften die Verantwortung dafür zu, daß sich die Verhandlungen um einen wirtschaftlichen „Burgfrieden“ zerschlugen¹⁷⁾. Haben sie deshalb versagt und die weitere Zuspitzung leichtfertig heraufbeschworen? Diese Frage wird nur zu bejahen vermögen, wer mit den Eigengesetzlichkeiten demokratischer Massenorganisationen zugleich die Konzessionsbereitschaft des Unternehmerlagers in seiner Gesamtheit sowie die Schwere der objektiven Belastungen beider Arbeitsmarktparteien in den sich anschließenden Krisenmonaten gröblich verkennt¹⁸⁾.

Was ein Teil der Forschung an den Gewerkschaftsführern der Weimarer Endphase als verhängnisvolles „Abwarten aus Entschlußlosigkeit“ tadeln zu müssen glaubt¹⁹⁾, war in Wirklichkeit die Anwendung einer durchdachten Strategie hinhaltenden Widerstands, die sich nüchtern an den tatsächlichen Machtverhältnissen orientierte. Da es nicht anging, die eigene Schwäche nach außen hin einzugestehen, sondern vielmehr geboten war, sich den Anschein ungebrochener Kraft und, wenn es sein mußte, letzter Kampfesgeschlossenheit zu geben,

17) Ebd., S. 225, Scheffel; 227, Bernhard; 223, Scheibel; 230, Husemann; 227, Krautz; 228, Wels; über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern im Mai und Juni 1930 Hüllbüsch, *Die deutschen Gewerkschaften* . . . , S. 146—148; siehe auch Brüning, *Memoiren* . . . , S. 177.

18) Da Leipart zu den lebhaftesten Befürwortern einer Verständigung gehörte, verdient in diesem Zusammenhang seine außerhalb der Öffentlichkeit getroffene Feststellung besondere Aufmerksamkeit: „Niemand kann die von der Arbeiterschaft herbeigeführte Entfremdung zwischen den zentralen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften mehr bedauern als ich.“ Schreiben (Kopie) vom 13. Januar 1932 an Frieda Wunderlich, in: DGB-Archiv, ADGB-Restakten 18.

19) Beier, *Das Lehrstück* . . . , S. 22.

entstand unvermeidlich jene Diskrepanz zwischen Erwartungshaltung der Massen und Aktionsfähigkeit der Verbände, die beim ‚Preußenschlag‘ *Papens* am 20. Juli 1932 offenzutage trat. Nach Meinung enttäuschter Zeitgenossen wie auch späterer Betrachter wäre gegen den Staatsstreich der „aktive Widerstand zu setzen“ gewesen. Statt dessen zeichneten die Spitzen der Freien Gewerkschaften sich durch „Kopflösigkeit und Verwirrung“ aus, erwiesen sie sich als ängstliche „Helden“ der Passivität. „Niemand wollte die Verantwortung für einen Ungewissen Ausgang übernehmen²⁰⁾.“ Mit den nackten Realitäten der damaligen Lage hat auch dieses immer noch eingängige Urteil wenig gemein.

Für die leitenden Funktionäre mit ihren Hintergrundinformationen war der Ausgang einer Gewaltprobe alles andere als ungewiß. Gegen die Gefahr eines Naziputsches, bei dessen Abwehr sie die bewaffnete Staatsmacht auf ihrer Seite wußten, hatten sich die Gewerkschaften spätestens seit dem Sommer 1931 gewappnet²¹⁾. Zweifellos nicht erst seit Dezember desselben Jahres teilten sie die Auffassung von Otto Wels: „Würden wir den Kampf gleichzeitig gegen Regierung und Nazis führen, so würden wir unterliegen²²⁾.“ Die Verantwortung für dieses vorhersehbare Fiasko einer Aktion aktiven Widerstands wollte und durfte die Führung am 20. Juli nicht übernehmen. Anders als in den Kapp-Tagen ging ja der Schlag nicht von isolierten Putschisten, sondern von einer legalen Regierung aus, die mit Hitlers bereits alarmierter SA über ein zusätzliches Bürgerkriegspotential neben der Reichswehr verfügte²³⁾. Gegen die Proklamation des Generalstreiks, der leicht in den Bürgerkrieg hätte umschlagen können, sprach schon das gigantische Heer demoralisierter Erwerbsloser, die der Staatsstreich-Kanzler getrost als Streikbruchreserve in seine Rechnung einstellen durfte. Selbst ein kurzer Demonstrationsstreik schien der Führung nicht ratsam²⁴⁾, die einigen Grund hatte, ein schwaches Echo und damit eine noch deutlichere Bekundung der gewerkschaftlichen Ohnmacht zu fürchten.

Als charakteristisch für die Stimmung der Massen dürfen schließlich nicht jene aktivistischen Gruppen, insbesondere des „Reichsbanners“, gelten, die nach zahlreichen glaubwürdigen Berichten auf den Einsatzbefehl hofften. Wie es überwiegend am Brennpunkt der Geschehnisse aussah, hat ein in diesem Zusammenhang unverdächtig, weil damals ebenfalls für den Abwehrkampf plädierender Augenzeuge, „der Kumpel“ *Georg Werner* geschildert. Am Abend des 20. Juli begab er sich zusammen mit *Baumeister* auf den Weg, um ein Bild von den Auswirkungen der Papen-Aktion auf die Berliner Arbeiterschaft zu gewinnen. „Vor dem

20) Ebd., S. 21 u. f.

21) Vgl. 4. Geschäftsperiode. Protokoll der 13. Sitzung . . . Abgehalten am Donnerstag, dem 16. Juli 1931, im Reichswirtschaftsrat zu Berlin, Berlin 1931, S. 272, Leipart.

22) 5. Geschäftsperiode. Protokoll der 3. Sitzung . . . (siehe Anm. 14), S. 41.

23) Vgl. hierzu Henryk Skrzypczak, Zur Strategie der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik, in: Heinz O. Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 217—219; Hans Mommsen, Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930—1944, ebd., S. 276.

24) 5. Geschäftsperiode. Protokoll der 8. Sitzung . . . Abgehalten am 21. Juli 1932 im Sitzungssaal der Arbeiterbank, Berlin 1932, S. 115, Leipart.

Ministerium Unter den Linden war nichts zu spüren. Wir suchten sodann einige Kneipen im Wedding und am Kreuzberg auf. Alles war wie sonst. Die Arbeiterschaft war bereits kommunistisch und nationalsozialistisch so verseucht, daß sie sich über die Entlassung Severings freute. Gegen 11 Uhr abends kamen wir ins Gewerkschaftshaus. Der ADGB-Vorstand und der Vorstand der Berliner Gewerkschaftskommission hatten getagt. Als wir uns erkundigten, ob man etwas beschlossen habe, erhielten wir die Antwort: ‚Nein!‘ Als ich äußerte: ‚Hat denn keiner von euch das Gefühl, daß es jetzt den Gewerkschaften an den Kragen geht?‘ senkten die meisten am Tisch verlegen den Kopf. Einer sagte entschuldigend: ‚Es wird nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird²⁵⁾.‘ Die Stillhaltetaktik der Führer war ein bedingter Reflex des Verhaltens der teils resignierenden, teils zu den Extremisten übergelaufenen Massen.

Entgegen der Vorhersage Werners ging es den Gewerkschaften zunächst noch nicht „an den Kragen“. Erst als Schleicher fallengelassen wurde und die Gefahr einer Hitler-Koalition reale Gestalt gewann, reduzierten sich die Probleme für sie auf die einfache Frage des Entweder-Oder²⁶⁾. Wenn Widerstand wenigstens eine geringe Aussicht auf Erfolg haben sollte, dann war jetzt die Stunde des Handelns gekommen. Noch hatte sich Hitler in den Machtpositionen nicht festgesetzt, noch war die Kampfmoral breiter Kreise der Arbeiterschaft ungebrochen. Aber die Gewerkschaftsführer glaubten einerseits weniger denn je an den Erfolg einer Gewaltprobe, wie sie andererseits den tödlichen Ernst der Stunde schwer unterschätzten. Vor der Aufgabe einer realistischen Faschismusanalyse haben sie ohne Zweifel auf der ganzen Linie versagt. Befangen in Illusionen über die absolute Unentbehrlichkeit von Gewerkschaften in einer modernen Industriegesellschaft, schlugen sie jenen Kurs der Anpassung ein, die die letzten Wochen ihres Agierens verdunkelt. Gegenüber dem Totalitätsanspruch Hitlers war keine schwächliche Variante der Umarmungstaktik geboten, sondern nur noch Selbstmordtaktik in der einen oder anderen Form. Glaubten die Führer, im Interesse der Massen dem Bürgerkrieg ausweichen zu müssen, dann waren sie im Interesse der Zukunft ihrer Bewegung verpflichtet, bis zum bitteren Ende ihrer Ablehnung des Hitlerismus unmißverständlich Ausdruck zu geben.

Scheitern der Weimarer Republik = Scheitern des Reformismus?

Wer gewerkschaftspolitische Lehren aus Niedergang und Untergang der Bewegung in der Weimarer Endphase abzuleiten versucht, wird der Frage nicht ausweichen dürfen, ob und inwieweit das spätere Scheitern durch -die strategische Grundausrichtung „des Reformismus“ gleichsam vorprogrammiert war²⁷⁾. In der festen Gewißheit, daß weder die ökonomischen noch die subjektiven Vorausset-

25) Georg Werner, *Meine Rechnung geht in Ordnung*, Berlin-Steglitz 1958, S. 340; vgl. auch die Auskunft des damaligen Bezirksjugendsekretärs Erich Wöllner bei Skrzypczak, *From Carl Legien . . .*, S. 37, Anm. 45.

26) Hierzu und zu den folgenden Ausführungen über die freigewerkschaftliche Strategie in der Weimarer Zeit vgl. Skrzypczak, *Zur Strategie . . .*, S. 222—227; S. 204—210.

27) Vgl. den durch eine verzerrende Optik und zahlreiche Detailfehler herausragenden Beitrag von Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930—1933* Neuwied u. Berlin 1971.

zungen für einen schnellen Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung gegeben waren, hatten sich die Führer der Freien Gewerkschaften sogar unter dem Druck der Novemberrevolution für ein Konzept langfristiger Ermattung, für eine Strategie der mittleren Linie entschieden, die sie mit den zwei Taktiken der Umarmung des Unternehmertums und der Infiltration von Einflußbereichen verknüpften. Auf der Basis dieses Konzepts, das mit dem Scheitern der Zentralarbeitsgemeinschaft eine nur geringfügige Variierung erfuhr, haben die Gewerkschaften nachweisbare Erfolge erringen können und selbst extreme Krisen durchzustehen vermocht. Bevor Papen seinen Pakt mit Hitler einging, war ihre Lage politisch wie ökonomisch keineswegs hoffnungslos.

Für die Katastrophe verantwortlich war nicht eine falsche Strategie und letztlich auch nicht die politische Zerrissenheit der Arbeiterbewegung. Der tiefere Grund ist in der Unausgereiftheit des „objektiven Faktors“ zu sehen oder, mit anderen Worten, in der relativen Stabilität des kapitalistischen Systems, das bei all seiner Anfälligkeit immer noch die stärkeren Reserven aufbieten und in wirtschaftlichen Krisensituationen zur Gegenoffensive antreten konnte. Wie die Unternehmerseite die sich aus dem Währungsverfall des Jahres 1923 ergebende Schwäche der Gewerkschaften rücksichtslos ausnutzte und damit die Umarmungstaktik für den Rest der Weimarer Zeit diskreditierte, so setzte sie Ende der zwanziger Jahre — diesmal begünstigt durch eine weltweite Depression nie erlebter Intensität — zielbewußt zur Zurückdrängung und Ausschaltung ihrer lästigsten Kontrahenten an. Aus der Offensive politisch und ökonomisch in die Defensive gedrängt, wurden jetzt die Gewerkschaften zum Objekt einer Ermattungsstrategie, die auch der Infiltrationstaktik systematisch den Boden entzog, zur Gegeninfiltration überging, Gewerkschaften und Sozialdemokratie auseinanderzuidividieren versuchte, bis schließlich Hitler zum vernichtenden Schlag ausholte.

Da der Kapitalismus zwar sein Kostüm, aber ebensowenig wie die Gewerkschaftsbewegung seine Natur verändern kann, sind analoge Trends nicht für alle Zukunft auszuschließen. Ob sie sich durchsetzen, hängt von mannigfachen innen- wie außenpolitischen Faktoren ab, die sich nur zum Teil gewerkschaftlichen Einflüssen fügen. Ferner ist organisationssoziologisch im Auge zu behalten, daß die auf den operativen Gesamtrahmen bezogene Sachlogik nicht selten durch die Logik von Sonderinteressen unterlaufen und durch die Unlogik emotionaler Reaktionsweisen wie auch durch Bewußtseinsstereotypen blockiert wird. Für eine praxisbezogene Theorie bieten sich daher nur wenige Faustregeln an, die speziell vom Eindruck der Weimarer Geschehnisse geprägt sind.

1. Am Grundsatz: in Konjunkturzeiten Angriffstaktik im Rahmen der Ermattungsstrategie, in Zeiten ökonomischer Krise hinhaltender Widerstand — ist bis zum *point of no return* festzuhalten. 2. Nach wie vor gilt die in der Weimarer Republik sträflich mißachtete Maxime: „Eine Demokratie, die das

Heer des Staates ihren Gegnern überläßt, eine Demokratie, die nicht unbedingt und fest auch zur Ultima ratio der Kanone und des Maschinengewehrs sich bekennt, ist verloren²⁸)." 3. Über Parlament und Betriebe hinaus müssen die Gewerkschaften politische Unterströmungen im Blickfeld behalten. 4. Krisenkoalitionen, in denen parlamentarische Bündnispartner Einfluß besitzen, sind nur nach gewissenhaftester Prüfung der politischen Konsequenzen aufzugeben. 5. Werden soziale Demontagen objektiv unvermeidlich, dann spricht manches für den Weg der konzertierten Aktion, solange sie nicht auf starke Ablehnung der Basis stößt. 6. Bei akuter Gefahr des Übergangs zu faschistischen Herrschaftsformen ist es ebenso demokratisch legitim wie strategisch geboten, unter sorgfältigster Einschätzung der Kräfteverhältnisse die Möglichkeiten einer Präventivdiktatur zu erwägen. 7. Läßt sich der Übergang zur faschistischen Diktatur nicht verhindern, so ist jedem Anpassungsversuch entgegenzuwirken und die Zerschlagung der Verbände bewußt in Kauf zu nehmen. Die Endphase der legalen Massenbewegung muß und wird zur Geburtsstunde einer illegalen Kaderorganisation werden.

Muß und wird? Geschichte wiederholt sich nicht in Schablonen. Völlig sicher allerdings ist das eine: Macht und Ohnmacht der Gewerkschaften sind als Variable abhängig nicht nur von ökonomischen Daten, sondern auch vom Grad politischer Einsicht, vom Kampf- und Opferwillen der arbeitenden Masse. *Tua res agitur.*

28) Wilhelm Sollmann, Positive Parteikritik. Erneuerung und Machtwille, in: Neue Blätter für den Sozialismus 4 (1933), S. 32; Zitat in der Vorlage gesperrt.